

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der Entschließung vom 23. Mai 2023 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

A. Problem und Ziel

Der Gouverneursrat des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) billigte mit der Entschließung F/BG/2023/04 vom 23. Mai 2023 die Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (im Folgenden: Fondsübereinkommen), insbesondere der Artikel 2 (Zweck), Artikel 8 (Sonstige Vermögenswerte), Artikel 14 (Verwendung der Vermögenswerte), Artikel 15 (Finanzierungsbedingungen), Artikel 16 (Form und Bedingungen der Finanzierung), Artikel 20 (Sonstige Geschäftstätigkeit), Artikel 26 (Aufgaben des Direktoriums), Artikel 31 (Verhältnis zur Bank) und Artikel 43 (Rechtsverfahren). Um das Fondsübereinkommen zu ändern, müssen drei Viertel der Mitglieder des Fonds die gebilligte Änderung annehmen.

Das Fondsübereinkommen erlaubt es dem AfDF bisher nicht, ihm zur Verfügung stehende Finanzmittel am Kapitalmarkt zu hebeln. Durch die gebilligte Änderung des Artikels 8 des Fondsübereinkommens soll die Option der Hebelung am Kapitalmarkt ermöglicht und so das Ausleihvolumen des AfDF erhöht werden. Die Hebelung von Mitteln am Kapitalmarkt erfolgt unter strengen Regeln der finanziellen Nachhaltigkeit und jährlicher Billigung durch die Geber. Grundlage ist ein Kapitaladäquenzrahmenwerk, welches an die Anforderungen der Ratingagentur angelehnt wird und Erfahrungen vergleichbarer Institutionen berücksichtigt. Eine Haftung durch Geber des Fonds oder Anteilseigner der Bank ist in der Satzung ausgeschlossen. Hintergrund der vorgeschlagenen Änderung ist der hohe Bedarf der afrikanischen Länder an güns-

Fristablauf: 18. 10. 24

tiger Entwicklungsfinanzierung. Durch die Änderung des Fondsübereinkommens kann der Fonds seine Mittel effizienter im Sinne seiner Mitgliedsländer nutzen.

Bei dem Fondsübereinkommen handelt es sich um einen multilateralen völkerrechtlichen Vertrag, der innerstaatliche Wirksamkeit durch ein Vertragsgesetz gemäß Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes erlangt hat (BGBl. 1973 II S. 1793, 1794). Die Änderung der oben genannten Artikel des Fondsübereinkommens löst deshalb gemäß Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes ebenfalls das Erfordernis eines Vertragsgesetzes aus.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für eine Ratifikation der Änderung des Fondsübereinkommens geschaffen werden.

Durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds vom 6. Dezember 2011 (BGBl. 2011 II S. 1280) wurde das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ermächtigt, Änderungen des Übereinkommens durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen. Diese Ermächtigung beschränkt sich auf Änderungen, die sich im Rahmen des Zwecks nach Artikel 2 des Übereinkommens halten und nicht die Artikel 49 und 58 des Übereinkommens oder Änderungen betreffen, die der Zustimmung des deutschen Gouverneurs nach Artikel 51 Absatz 2 des Übereinkommens bedürfen. Da durch die Entschließung F/BG/2023/04 auch der Zweck nach Artikel 2 des Übereinkommens geändert werden soll, greift die Verordnungsermächtigung nicht und löst das Erfordernis eines Vertragsgesetzes aus.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch das Gesetz entstehen keine zusätzlichen Haushaltsausgaben für den Bund, die Länder und Kommunen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Es werden keine Informations- oder anderweitigen Pflichten für Bürgerinnen und Bürger eingeführt oder abgeschafft.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem AfDF bewirkt keinen Erfüllungsaufwand für deutsche Unternehmen. Bürokratiekosten aus Informationspflichten entstehen nicht.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Es fällt kein zusätzlicher Aufwand für Bund, Länder und Kommunen an.

F. Weitere Kosten

Kosten für die Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch dieses Gesetz nicht zu erwarten.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu der Entschließung vom 23. Mai 2023
zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972
über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 6. September 2024

An die
Präsidentin des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der Entschließung vom 23. Mai 2023 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Olaf Scholz

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz zu der Entschlieung vom 23. Mai 2023 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der vom Gouverneursrat des Afrikanischen Entwicklungsfonds in Scharm el-Scheich am 23. Mai 2023 durch Entschlieung F/BG/2023/04 gebilligten Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. 1973 II S. 1793, 1794), zuletzt geändert durch die Entschlieung F/BG/2010/03 vom 27. Mai 2010 (BGBl. 2011 II S. 1280, 1286), wird zugestimmt. Die Entschlieung F/BG/2023/04 wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Änderung des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds durch die Entschlieung F/BG/2023/04 nach Artikel 51 Absatz 1 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Vorliegend wird ein bestehendes Übereinkommen, das Gegenstand eines Vertragsgesetzes gemäß Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes war, geändert.

Durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds vom 6. Dezember 2011 (BGBl. 2011 II S. 1280) wurde das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ermächtigt, Änderungen des Übereinkommens durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen. Diese Ermächtigung beschränkt sich auf Änderungen, die sich im Rahmen des Zwecks nach Artikel 2 des Übereinkommens halten und nicht die Artikel 49 und 58 des Übereinkommens oder Änderungen betreffen, die der Zustimmung des deutschen Gouverneurs nach Artikel 51 Absatz 2 des Übereinkommens bedürfen. Da durch die Entschließung F/BG/2023/04 auch der Zweck nach Artikel 2 des Übereinkommens geändert werden soll, greift die Verordnungsermächtigung nicht und löst das Erfordernis eines Vertragsgesetzes aus.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die in der Entschließung F/BG/2023/04 enthaltenen Änderungen des Übereinkommens nach seinem Artikel 51 Absatz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft und für die Verwaltung entsteht kein Erfüllungsaufwand. Es werden auch keine Informationspflichten im Sinne des § 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates geschaffen. Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten. Gleichstellungspolitische und demografische Auswirkungen sind nicht zu erwarten. Das Vertragsgesetz wurde auch im Hinblick auf die Managementregeln und die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung geprüft.

Entschlieung F/BG/2023/04

Angenommen auf der ersten Sitzung der neunundvierzigsten Jahrestagung des Gouverneursrats des Afrikanischen Entwicklungsfonds am 23. Mai 2023

Änderungen des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

Resolution F/BG/2023/04

Adopted at the First Sitting of the Forty-Ninth Annual Meeting of the Board of Governors of the African Development Fund, on 23 May 2023

Amendments to the Agreement Establishing the African Development Fund

Résolution N° F/BG/2023/04

Adoptée à la première séance de la Quarante-neuvième Assemblée annuelle du Conseil des gouverneurs du Fonds africain de développement, le 23 mai 2023

Amendements à l'Accord portant création du Fonds africain de développement

(Übersetzung)

The board of governors,
Having regard to:

- (i) The Agreement Establishing the African Development Fund (the "Fund Agreement"), particularly Article 8 (Other Resources), Article 23 (Board of Governors: Powers), Article 26 (Board of Directors: Functions), Article 29 (Voting) and Article 51 (Amendments); and
- (ii) The recommendations of the Board of Directors contained in Document ADF/BG/WP/2023/04 entitled "Leveraging ADF Equity via the Market Borrowing Option";

hereby decides to pursue the following amendments to the Fund Agreement, and following the relevant acceptance, approval and/or ratification of the proposed amendments by the participants in accordance with Article 51 of the Fund Agreement, the Fund Agreement shall be amended to read as follows:

1. Amendment to Article 2 of the Fund Agreement

The purpose of the Fund shall be to assist the Bank in making an increasingly effective contribution to the economic and social development of the Bank's members and to the promotion of cooperation (including re-

Le Conseil des gouverneurs,
Vu :

- (i) L'Accord portant création du Fonds africain de développement (l'« Accord du Fonds »), en particulier les articles 8 (Autres ressources), 23 (Conseil des gouverneurs : Pouvoirs), 26 (Conseil d'administration : Fonctions), 29 (Vote), et 51 (Amendements) ; et
- (ii) Les recommandations du Conseil d'administration contenues dans le Document ADF/BG/WP/2023/04 intitulé « Donner un effet de levier aux fonds propres du FAD grâce aux emprunts sur les marchés de capitaux » ;

décide par la présente Résolution d'effectuer les amendements ci-après à l'Accord du Fonds, et qu'à la suite de l'acceptation, l'approbation et / ou la ratification pertinente des amendements proposés par les participants conformément à l'article 51 de l'Accord du Fonds, l'Accord du Fonds sera amendé pour se lire comme suit :

1. Amendement à l'article 2 de l'Accord du Fonds

Le Fonds a pour objet d'aider la Banque à contribuer de façon de plus en plus effective au développement économique et social des membres de la Banque et à promouvoir la coopération (y compris la coopé-

Der Gouverneursrat –
eingedenk

- i) des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds („Fondsübereinkommen“), insbesondere der Artikel 8 (Sonstige Vermögenswerte), 23 (Befugnisse des Gouverneursrats), 26 (Aufgaben des Direktoriums), 29 (Abstimmung) und 51 (Änderungen), sowie
- ii) der im Dokument ADF/BG/WP/2023/04 mit dem Titel „Hebelung des ADF-Eigenkapitals durch die Option auf Marktzugang“ enthaltenen Empfehlungen des Direktoriums –

beschließt hiermit, folgende Änderungen des Fondsübereinkommens vorzunehmen; nach der entsprechenden Annahme, Genehmigung und/oder Ratifikation der vorgeschlagenen Änderungen durch die Teilnehmer gemäß Artikel 51 des Fondsübereinkommens wird das Fondsübereinkommen wie folgt geändert:

1. Änderung des Artikels 2 des Fondsübereinkommens

Der Fonds dient dem Zweck, die Bank in ihren Bemühungen um einen zunehmend wirksameren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Mitglieder der Bank sowie um Förderung der Zusammen-

gional and sub-regional co-operation) and increased international trade, particularly among such members. It shall provide finance on concessional or non-concessional terms for purposes which are of primary importance for and serve such development.

ration régionale et sous-régionale) et le commerce international particulièrement entre ces membres. Le Fonds procure des moyens de financement à des conditions privilégiées ou non-concessionnelles pour la réalisation d'objectifs qui présentent une importance primordiale pour ce développement et le favorisent.

arbeit (auch auf regionaler und subregionaler Ebene) und eines wachsenden internationalen Handels, insbesondere unter ihren Mitgliedern, zu unterstützen. Der Fonds stellt für Zwecke, die für diese Entwicklung von vorrangiger Bedeutung und ihr dienlich sind, Finanzierungsmittel zu Vorzugsbedingungen oder Nicht-Vorzugsbedingungen bereit.

2. Amendment to Article 8(5) of the Fund Agreement

5. The Fund may borrow funds in member countries of the Bank or elsewhere on such concessional or non-concessional terms as it deems appropriate, and in that connection furnish such collateral or other security as it shall determine provided always that:

- (a) before making a sale of its obligations in the market of a member, the Fund shall have obtained its approval;
- (b) where the obligations of the Fund are to be denominated in the currency of a member, the Fund shall have obtained its approval; and
- (c) the Fund shall have obtained, where appropriate, the approval of the members referred to in subparagraph (a) and (b) of this paragraph that the proceeds may be exchanged for any other currency without any restrictions.

2. Amendement à l'article 8(5) de l'Accord du Fonds

5. Le Fonds peut contracter des emprunts dans les États membres de la Banque ou ailleurs, à des conditions privilégiées ou non-concessionnelles, selon ce qu'il juge approprié, et à cet égard peut fournir une sûreté ou autre garantie de son choix, sous réserve que :

- a. avant toute cession de ses obligations sur les marchés de capitaux d'un membre, le Fonds ait obtenu l'assentiment dudit membre ;
- b. lorsque ses obligations doivent être libellées dans la monnaie d'un membre, il ait obtenu l'assentiment dudit membre ; et
- c. le Fonds ait obtenu, s'il y a lieu, l'assentiment des membres visés aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe afin que les fonds empruntés soient convertis en une autre monnaie sans aucune restriction.

2. Änderung des Artikels 8 Absatz 5 des Fondsübereinkommens

(5) Der Fonds kann in den Mitgliedstaaten der Bank oder anderswo Kredite zu Vorzugsbedingungen oder Nicht-Vorzugsbedingungen, die er für angemessen hält, aufnehmen und in diesem Zusammenhang alle von ihm bestimmten Sicherheiten dafür stellen, stets vorausgesetzt, dass

- a) der Fonds vor einer Veräußerung seiner Schuldverschreibungen auf dem Markt eines Mitglieds dessen Zustimmung einholt,
- b) der Fonds, wenn seine Schuldverschreibungen auf die Währung eines Mitglieds lauten, dessen Zustimmung einholt und
- c) der Fonds gegebenenfalls die Zustimmung der unter den Buchstaben a und b bezeichneten Mitglieder zur uneingeschränkten Umwechslung der Beträge in die Währung jedes anderen Staates einholt.

3. Amendment to article 14(1) of the Fund Agreement

1. The Fund shall provide financing for projects and programmes to further economic and social development in the territory of members, particularly those members whose economic situation and prospects require such financing to be on concessional terms.

3. Amendement à l'article 14(1) de l'Accord du Fonds

1. Le Fonds fournit des moyens de financement pour les projets et programmes visant à promouvoir le développement économique et social sur le territoire des membres, surtout aux membres dont la situation et les perspectives économiques exigent des moyens de financement à des conditions privilégiées.

3. Änderung des Artikels 14 Absatz 1 des Fondsübereinkommens

(1) Der Fonds stellt Mittel zur Finanzierung von Vorhaben und Programmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Hoheitsgebiet der Mitglieder bereit, insbesondere solcher Mitglieder, deren Wirtschaftslage und -aussichten eine Finanzierung zu Vorzugsbedingungen erfordern.

4. Amendment to article 15(2)(b) of the Fund Agreement

- (b) In making financing available for entities other than members, the Fund shall take all necessary steps to ensure that the benefits of its financing accrue only to members or other entities which should, taking into account all the relevant circumstances, receive some or all of those benefits.

4. Amendement à l'article 15(2)(b) de l'Accord du Fonds

- b. En accordant des moyens de financement à des entités autres que des membres, le Fonds prend toutes les dispositions nécessaires pour que les avantages découlant du financement qu'il octroie profitent uniquement aux membres ou autres entités qui, compte tenu de tous les faits pertinents, devraient bénéficier de l'ensemble ou d'une partie de ces avantages.

4. Änderung des Artikels 15 Absatz 2 Buchstabe b des Fondsübereinkommens

- b) Bei der Gewährung einer Finanzierung an andere Rechtsträger als Mitglieder unternimmt der Fonds alle notwendigen Schritte, um sicherzustellen, dass die Vorteile seiner Finanzierung nur solchen Mitgliedern oder sonstigen Rechtsträgern zugutekommen, die unter Berücksichtigung aller erheblichen Umstände in den Genuss einiger oder aller dieser Vorteile kommen sollten.

5. Amendment to article 16(2)(a) of the Fund Agreement

- (a) Subject to the provisions of the foregoing paragraph, financing by the Fund shall be on such terms as may be appropriate.

5. Amendement à l'article 16(2)(a) de l'Accord du Fonds

- a. Sous réserve des dispositions du paragraphe précédent, le Fonds procure des moyens de financement à des conditions jugées appropriées.

5. Änderung des Artikels 16 Absatz 2 Buchstabe a des Fondsübereinkommens

- a) Vorbehaltlich des Absatzes 1 erfolgt die Finanzierung seitens des Fonds zu den jeweils angemessenen Bedingungen.

6. Amendment to article 20 of the Fund Agreement

1. In addition to the powers provided for elsewhere in this Agreement, the Fund may undertake such other activities incidental to its operations as shall be necessary or de-

6. Amendement à l'article 20 de l'Accord du Fonds

1. Outre les pouvoirs spécifiés dans d'autres articles du présent Accord, le Fonds peut entreprendre toutes autres activités nécessaires ou souhaitables acces-

6. Änderung des Artikels 20 des Fondsübereinkommens

(1) Neben den in anderen Bestimmungen dieses Übereinkommens vorgesehenen Befugnissen besitzt der Fonds das Recht, alle sonstigen mit seiner Geschäftstätigkeit

sirable in furtherance of its purposes and consistent with the provisions of this Agreement, including:

- (a) buying and selling securities it has issued or guaranteed or in which it has invested provided always that it shall have obtained the approval of any member in whose territory the securities are to be bought or sold;
- (b) guaranteeing or underwriting securities in which it has invested in order to facilitate their sale;
- (c) investing funds not needed in its operations in such obligations as it may determine including in marketable securities; and
- (d) undertaking activities incidental to its operations such as, among others, the promotion of consortia for financing which serve the purpose of the Fund and come within its functions.

2. Every security issued or guaranteed by the Fund shall bear on its face a conspicuous statement to the effect that it is not an obligation of any government unless it is in fact the obligation of a particular government, in which case it shall so state.

7. Amendment to article 26(2) of the Fund Agreement

- 2. in conformity with the general directives of the Board of Governors, take decisions regarding individual loans and other forms of financing provided and borrowing of funds undertaken by the Fund under this Agreement;

8. Amendment to article 31 of the Fund Agreement

3. The Fund shall not lend to the Bank, except that this shall not preclude the Fund from investing funds not needed for the financing of its operations in obligations of the Bank or the Bank from investing funds not needed for the financing of its operations in obligations of the Fund.

9. Amendment to article 43(1) of the Fund Agreement

1. The Fund shall enjoy immunity from every form of legal process, except in cases arising out of or in connection with the exercise of its borrowing powers, in which case actions may be brought against the Fund in

soires à ses opérations qui lui permettent d'atteindre son but et qui sont conformes aux dispositions du présent Accord, notamment :

- a. acheter et vendre les titres qu'il a émis ou garantis ou dans lesquels il a investi, sous réserve d'obtenir l'assentiment de l'État membre sur le territoire duquel lesdits titres sont achetés ou vendus ;
- b. garantir ou souscrire les titres dans lesquels il a investi pour en faciliter la vente ;
- c. placer les fonds non nécessaires au financement de ses opérations dans les obligations de son choix, y compris dans des titres négociables ; et
- d. entreprendre toute activité accessoire à ses opérations qui sert son but et entre dans le cadre de ses fonctions, telle que notamment la promotion de consortia de financement.

2. Il est clairement indiqué, sur tout titre garanti ou émis par le Fonds, qu'il n'est pas le titre d'un quelconque gouvernement, à moins qu'il ne soit effectivement le titre d'un gouvernement déterminé, auquel cas mention expresse en est portée sur ledit titre.

7. Amendement à l'article 26(2) de l'Accord du Fonds

- 2. suivant les directives générales que lui donne le Conseil des gouverneurs, prend des décisions concernant les prêts individuels et autres moyens de financement que le Fonds doit accorder en vertu du présent Accord, ainsi que sur les emprunts contractés par le Fonds en vertu du présent Accord ;

8. Amendement à l'article 31 de l'Accord du Fonds

3. Le Fonds n'accorde pas de prêt à la Banque, sans que cela fasse obstacle à ce que le Fonds investisse les fonds non requis pour le financement de ses opérations dans des obligations émises par la Banque, ou à ce que la Banque investisse les fonds non requis pour le financement de ses opérations dans des obligations émises par le Fonds.

9. Amendement à l'article 43(1) de l'Accord du Fonds

1. Le Fonds jouit de l'immunité de juridiction à l'égard de toute forme d'action judiciaire, sauf pour les litiges nés ou résultant de l'exercice de ses pouvoirs d'emprunt, auquel cas il peut faire l'objet de poursuites de

zusammenhängenden Tätigkeiten auszuüben, die zur Förderung seiner Ziele notwendig oder wünschenswert und mit diesem Übereinkommen vereinbar sind, darunter auch das Recht,

- a) Wertpapiere, die er ausgegeben oder garantiert hat oder in denen er Mittel angelegt hat, zu kaufen oder zu verkaufen, stets vorausgesetzt, dass er die Zustimmung des Mitglieds einholt, in dessen Hoheitsgebiet die Wertpapiere gekauft oder verkauft werden sollen,
- b) Wertpapiere, in denen er Mittel angelegt hat, zu garantieren oder fest zu übernehmen, um ihren Verkauf zu erleichtern,
- c) die Mittel, die er für seine Geschäftstätigkeit nicht benötigt, in von ihm bestimmten Schuldverschreibungen einschließlich börsenfähiger Wertpapiere anzulegen und
- d) mit seinen Geschäften zusammenhängende Tätigkeiten vorzunehmen, die dem Zweck des Fonds dienen und in seinen Aufgabenbereich fallen, unter anderem die Förderung von Konsortien für Finanzierungen.

(2) Jedes vom Fonds ausgegebene oder garantierte Wertpapier hat auf der Vorderseite den deutlich sichtbaren Vermerk zu tragen, dass das Wertpapier keine Verbindlichkeit einer Regierung darstellt, es sei denn, dass es tatsächlich die Verbindlichkeit einer bestimmten Regierung darstellt; in diesem Fall hat der Vermerk entsprechend zu lauten.

7. Änderung des Artikels 26 Ziffer ii des Fondsübereinkommens

- ii) nach Maßgabe der allgemeinen Richtlinien des Gouverneursrats Beschlussfassung über einzelne Darlehen und andere Formen der nach diesem Übereinkommen vom Fonds zu gewährenden Finanzierung sowie über vom Fonds nach dem Übereinkommen getätigte Kreditaufnahmen;

8. Änderung des Artikels 31¹ des Fondsübereinkommens

(3) Der Fonds gewährt der Bank keine Darlehen, wobei dies nicht ausschließt, dass der Fonds Mittel, die er für die Finanzierung seiner Geschäftstätigkeit nicht benötigt, in Schuldverschreibungen der Bank anlegt und dass die Bank Mittel, die sie für die Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit nicht benötigt, in Schuldverschreibungen des Fonds anlegt.

9. Änderung des Artikels 43 Absatz 1 des Fondsübereinkommens

(1) Der Fonds genießt Immunität von jeder Art von Rechtsverfahren, außer in Fällen, die sich aus der oder im Zusammenhang mit der Wahrnehmung seiner Befugnis zur Kreditaufnahme ergeben; in einem sol-

¹ Anm. d. Übs.: Laut den erläuternden Hinweisen zu dieser EntschlieÙung ist hier der neue Absatz 3 einzufügen, weshalb der bisherige Absatz 3 zu Absatz 4 wird.

a court of competent jurisdiction in the territory of a country in which the Fund has its office, or has appointed an agent for the purpose of accepting service or notice of process, or has issued or guaranteed securities.

10. Entry into Force

The amendments to the Fund Agreement contained in this Resolution shall enter into force following the adoption of this Resolution and acceptance of the amendments therein by the participants, in accordance with Article 51 of the Fund Agreement.

vant un tribunal compétent sur le territoire d'un État où il a son siège ou un agent chargé de recevoir des assignations ou notifications, ou bien dans lequel il a émis ou garanti des titres.

10. Entrée en vigueur

Les amendements à l'Accord du Fonds contenus dans la présente résolution entrent en vigueur après l'adoption de la présente résolution et l'acceptation par les participants des amendements qui y sont proposés, conformément aux dispositions de l'article 51 de l'Accord du Fonds.

chen Fall kann der Fonds vor dem zuständigen Gericht im Hoheitsgebiet eines Staates verklagt werden, in dem der Fonds seinen Sitz hat oder einen Vertreter zur Entgegennahme von Zustellungen oder Ladungen bestellt oder Wertpapiere ausgegeben oder garantiert hat.

10. Inkrafttreten

Die in dieser EntschlieÙung enthaltenen Änderungen des Fondsübereinkommens treten nach Annahme der EntschlieÙung und Annahme der darin enthaltenen Änderungen durch die Teilnehmer gemäß Artikel 51 des Fondsübereinkommens in Kraft.

Denkschrift

I. Allgemeines

1. Der Afrikanische Entwicklungsfonds (AfDF)

Der Afrikanische Entwicklungsfonds wurde durch das Übereinkommen vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (im Folgenden: Fondsübereinkommen) gegründet. Instrumente des Fonds sind Kredite zu günstigen Bedingungen und Zuschüsse an Niedrigeinkommensländer. Die Mittel des Fonds kommen den derzeit 37 ärmsten regionalen (afrikanischen) Mitgliedern der Afrikanischen Entwicklungsbank zugute. Traditionell wurde der Fonds nur von nicht-regionalen Teilnehmerstaaten gespeist. Ende der 1990er Jahre trat jedoch Südafrika dem Fonds bei, an der aktuellen Wiederauffüllung (2023 bis 2025) beteiligen sich sechs afrikanische Staaten. Institutionell ist der Fonds eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verzahnt. Durch Vertragsgesetz vom 21. Dezember 1973 (BGBl. 1973 II S. 1793) erfolgte die Umsetzung des Fondsübereinkommens in innerstaatliches Recht nach den Voraussetzungen des Artikels 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Über den Fonds vollzieht die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Teil ihrer multilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Nach seinem Artikel 51 Absatz 1 kann das Fondsübereinkommen geändert werden, sofern drei Viertel der Teilnehmer, die insgesamt über 85 vom Hundert der Gesamtstimmzahl verfügen, die vorgeschlagene Änderung annehmen.

2. Marktzugang für den Afrikanischen Entwicklungsfonds

Der Afrikanische Entwicklungsfonds (African Development Fund – AfDF) ist das konzessionäre Fenster der Afrikanischen Entwicklungsbank (African Development Bank – AfDB). Der AfDF vergibt Zuschüsse und Kredite zu besonders günstigen (d. h. konzessionären) Bedingungen an die 37 ärmsten Länder Afrikas. Bisher kann der AfDF die ihm zur Verfügung stehenden Gebermittel nicht am Kapitalmarkt hebeln.

Im Mai 2023 hat der Gouverneursrat der AfDB eine Änderung des Fondsübereinkommens gebilligt, die nun von den Mitgliedsländern ratifiziert werden muss. Die Entscheidung des Gouverneursrat zur Billigung der Änderung erfolgte auf der Grundlage breiter Analysen und intensiver Prüfung. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Bundesministerium der Finanzen waren für Deutschland daran beteiligt. Die Änderung würde dem AfDF den Zugang zu Marktmitteln ermöglichen. Konkret soll der AfDF ihm zur Verfügung stehende Gebermittel am Kapitalmarkt hebeln können. Die Hebelung erfolgt unter strengen Regeln der finanziellen Nachhaltigkeit und jährlicher Billigung durch die Geber auf Basis eines externen Gutachtens, dass die Risiken der Hebelungsmaßnahmen für die Bank bewertet.

Eine Haftung durch Geber des Fonds oder Anteilseigner der Bank ist in der Satzung ausgeschlossen. Die erworbenen Mittel sollen als günstige, aber nicht mehr konzessionäre Kredite an die finanziell stabileren Länder mit ausreichender Schuldentragfähigkeit gegeben werden. Überschüsse, die z. B. durch Zinszahlungen entstehen, würden dazu verwendet werden, durch Quersubventionen auch einem breiteren Länderkreis zusätzliche konzessionäre Finanzierungen, inklusive Zuschüsse, bereitzustellen. Insgesamt kann dadurch das Ausleihvolumen des Fonds erhöht und den Ländern zusätzliche günstige Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung gestellt werden. Über eine tatsächliche Nutzung des Marktzugangs, die Höhe und die konkreten Bedingungen der Kreditvergabe wird erst nach der Ratifizierung auf Grundlage aktualisierter Analysen entschieden. Die Entscheidung liegt dann erneut bei den Vertretern der Geberländer des AfDF.

3. Entschließung F/BG/2023/04

Mit der am 23. Mai 2023 gebilligten Entschließung F/BG/2023/04 des Gouverneursrats des AfDF zur Änderung des Fondsübereinkommens wird die Einführung der Option auf Marktzugang ermöglicht.

Die Änderung des Fondsübereinkommens richtet sich nach Artikel 51 des Übereinkommens und verläuft in einem zweistufigen Verfahren. In einem ersten Schritt billigt der Gouverneursrat Vorschläge zu einer beabsichtigten Änderung des Abkommens. In einem zweiten Schritt befragt der Fonds die Teilnehmer, ob sie die vorgeschlagene Änderung annehmen. Dafür müssen drei Viertel der Mitglieder, die 85 von Hundert der Gesamtstimmzahl vertreten, die vorgeschlagene Änderung annehmen.

Die mit der Entschließung F/BG/2023/04 genehmigte Änderung des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds, insbesondere der Artikel 2 (Zweck), Artikel 8 (Sonstige Vermögenswerte), Artikel 14 (Verwendung der Vermögenswerte), Artikel 15 (Finanzierungsbedingungen), Artikel 16 (Form und Bedingungen der Finanzierung), Artikel 20 (Sonstige Geschäftstätigkeit), Artikel 26 (Aufgaben des Direktoriums), Artikel 31 (Verhältnis zur Bank) und Artikel 43 (Rechtsverfahren), stellt die normative Änderung eines völkerrechtlichen Vertrages dar und setzt zur Umsetzung in innerstaatliches Recht ein Vertragsgesetz nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes voraus. Diese Voraussetzung soll mit dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds geschaffen werden.

II. Besonderes

Entfällt.